Bürgermeister Mag. Nagl:

Vielen Dank geschätzter Abteilungsvorstand, dich mögen sie. Ich habe etwas entdeckt, lieber Peter Grabensberger, ich habe etwas entdeckt in dem Kulturbericht. Und das zeugt schon auch von Bescheidenheit. Ich habe mir gedacht, wo kommt er drin vor. Ich habe ihn glücklicherweise auf der letzten Seite entdeckt, mit einem großen: „Vielen Dank für wunderbare 17 Jahre, in denen ich als Leiter des Kulturamtes tätig sein durfte. Ich danke allen für das Privileg der Zusammenarbeit. Peter Grabensberger.“ Und wir wünschen dir bei der Wiederentdeckung der Zweisamkeit, die gestört werden wird durch Enkelkinder alles, alles Gute. (*Applaus*)

3 Fragestunde

Bürgermeister Mag. Nagl:

Meine geschätzten Damen, auf unserer Rathaus-Uhr ist es jetzt 12:35 Uhr. Wir kommen nun zur Fragestunde. Und ich darf gleich anmerken, dass die Frage Nummer 9 nicht gestellt wird. Da müssen wir dann wieder vorrücken. Für die FPÖ organisieren. Und ich darf jetzt Swatek Niko bitten, an Stadträtin Elke Kahr die Frage zu stellen.

3.1 Frage 1: Geschwindigkeitsüberschreitungen Schwarzer Weg (GR Swatek, BSc., Neos an StRⁱⁿ Kahr, KPÖ)

Gemeinderat Swatek, BSc.:

Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Zuschauertribüne! Sehr geehrte Stadträtin Kahr! Ich komme heute mit einem Anliegen aus der Bevölkerung zu Ihnen. Es geht nämlich um ein Thema, das Anrainern des Schwarzen Wegs sehr am Herzen liegt. Der Schwarze Weg liegt parallel zum Weblinger Gürtel auf Höhe des Einkaufszentrums und Anrainer beschwerten sich in letzter Zeit sehr über stark zunehmenden Verkehr, aber auch über stetige Geschwindigkeitsübertretungen der Fahrer auf der Straße.

Ich glaube, jeder, der schon einmal über den Schwarzen Weg gefahren ist, weiß, der lädt ein bisschen dazu ein, aufs Gaspedal zu steigen. Es liegt daher, weil es eine sehr lange gerade Strecke ist. Und vor allem, weil auf der hinteren Seite, also stadteinwärts gesehen, sehr viel freie Fläche ist und man da mit keinen Problemen rechnet.

Nichtsdestotrotz ist die Situation dort schlimmer geworden, weil auf Höhe des Bellaflora jetzt vom Schwarzen Weg eine Zufahrt zum Einkaufszentrum gebaut wurde und dadurch auch eine Zufahrt zum Weblinger Gürtel. Dadurch kommt es zu mehr Verkehrsaufkommen auf dieser Straße. Und zusätzlich kommt es auf Höhe des Weizenwegs, laut Anrainern, bei einer neu errichteten Lärmschutzwand zu immer mehr prekären Situationen, weil dort es zu einer teilweisen Verengung der Straße kam. Und in den letzten Monaten gab es auch schon, laut Anrainern, zwei Vorfälle mit Personenschaden und deswegen bin ich der Meinung, dass man dort dringend Handlungsbedarf hat. Und daher stelle ich an Sie, Frau Stadträtin Kahr, die Frage: Sind Ihrerseits Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung sowie zur Einhaltung des Tempolimits am Schwarzen Weg geplant?

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke vielmals. Frau Stadträtin Kahr, bitte.

Stadträtin Kahr:

Ja, lieber Herr Gemeinderat Swatek! Die Probleme oder sozusagen diese Anliegen vom Schwarzen Weg sind mir auch bekannt. Und auch nicht nur mir, sondern auch den Vorgängern schon. Das ist immer wieder ein Thema. Und leider nicht nur halt am Schwarzen Weg, sondern das ist in vielen Straßen-Teilen unserer Stadt Graz so. Konkret im Verlauf des Schwarzen Weges befinden sich fünf genehmigte Standorte für Geschwindigkeitsmessungen, die regelmäßig zu Überwachungszwecken dann auch herangezogen werden. Die letzte erfolgte am 3. Dezember dieses Jahres. Zu den Messergebnissen hat die Polizei uns Folgendes mitgeteilt: Im Zeitraum Jänner bis Oktober sind insgesamt zweimal im Monat Messungen zu verschiedensten

Tageszeiten durchgeführt worden. Bei diesen Messungen wurden insgesamt 9.057 Fahrzeuge registriert und davon 1.098 Fahrzeuglenker zur Anzeige gebracht. Die Übertretungsdichte liegt hier bei 12,12 %, das ist unter dem Durchschnittswert anderer ähnlich gelagerten Straßenzügen. Dasselbe gilt für die Fahrzeugfrequenz, die ebenfalls unter dem Durchschnittswert liegt. Trotzdem haben wir, aufgrund eben auch der genannten Anrainerwünsche, erneut im Bereich Schwarzen Weg, Höhe Weizenweg, Geschwindigkeitsmessungen angeordnet. Diese Kontrollen ergaben eine noch geringere Übertretungsdichte. Es wurden 490 Fahrzeuge registriert und 33 Anzeigen erstattet, was einem Prozentsatz von 6,73 % an Überschreitungen gleichkommt. Damit man das irgendwie im Verhältnis weiß, also die durchschnittliche Übertretungsquote in Tempo-30-Bereichen liegt bei 15 %.

Und der überwiegende Anteil an den festgestellten Übertretungen lag bei 31-40 km/h. Nur damit man diese Situation dort am Schwarzen Weg genauer einschätzen kann. Selbstverständlich werden wir aber nicht nur dort, und ich betone das, weil das ist nur einer von vielen Straßenzügen, wo die Leute für sich auch subjektiv diese Wahrnehmung haben, wo es oft aber, sozusagen, erst durch tatsächliche Kontrollen und Zählungen und Messungen sozusagen, auch wirklich verifiziert werden kann, haben wir vor, stationäre Radar-Geräte im nächsten Jahr, die wir vom Straßenamt selbst aufstellen werden, dort im Schwarzen Weg zu installieren. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Gibt es eine Zusatzfrage?

Gemeinderat Swatek, BSc.:

Ja. Erstens vielen Dank für die Beantwortung. Die Anrainer haben mich auch gebeten zu sagen, dass die Polizei da halt immer mit dem Auto steht und das direkt auf der engen Straße und damit ist das Auto sehr auffällig. Und da bremst natürlich jeder ab. Deswegen bin ich da sehr froh, dass dort Radar-Kästen hinkommen, stationäre. Die Frage dennoch an Sie: Wird in Bezug auf die Lärmschutzwand irgendetwas geändert, weil die zu einer Verengung der Straße führt?

Bürgermeister Mag. Nagl:

Bitte um die Antwort.

Stadträtin Kahr:

Das muss ich prüfen, dass ich kann ich Ihnen jetzt nicht beantworten.

Gemeinderat Swatek, BSc.:

Danke Ihnen.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke vielmals. Dann kommen wir zur nächsten Gemeinderätin. Es ist Frau Clubobfrau Daniela Gmeinbauer. Sie fragt Herrn Stadtrat Robert Krotzer betreffend Pflegeregress.

**3.2 Frage 2: Kosten des Entfalls des Pflegeregresses für die Stadt Graz
(GRⁱⁿ CO Gmeinbauer, ÖVP an StR Mag. Krotzer, KPÖ)**

Gemeinderätin Clubobfrau Gmeinbauer:

Dankeschön. Sehr geehrter Herr Stadtrat Krotzer! Der Nationalrat beschloss ja in der vergangenen Gesetzgebungsperiode, den Pflegeregress per 01.01.2018 abzuschaffen. Sie haben kürzlich in der Kronen Zeitung am 30.11.2017 bekanntgegeben, dass in den Grazer Pflegeheimen ohnehin kaum freie Betten bestünden und von daher die Kosten für die Stadt Graz nicht rasch steigen würden. Dabei, bin ich der Meinung, wird von dir übersehen, dass auch GrazerInnen in Pflege-Einrichtungen außerhalb der Stadt versorgt werden, die auch von der Stadt bezahlt werden bzw. befinden sich ja auch Selbstzahler in den Pflegeeinrichtungen, die ab 1.1.2018 mit Sicherheit einen Antrag auf Kostenübernahme stellen werden. Daher meine Frage an dich:

Worauf stützen Sie Ihre Prognose, dass durch den Entfall des Pflegeregresses die Kosten für die Stadt Graz nicht rasch steigen würden bzw. warum gehen Sie bei Ihrer Einschätzung davon aus, dass nur in Grazer Pflegeeinrichtungen versorgte Personen betroffen sind? (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke für diese Frage. Herr Stadtrat Krotzer, bitte.

Stadtrat Mag. Krotzer:

Liebe Frau Clubobfrau, liebe Daniela! Nachdem da jetzt zwei Fragen verpackt sind, komme ich zur ersten. Also, es sind natürlich nicht nur die Grazer Pflegeheime gemeint gewesen. Da muss es ein Missverständnis gegeben haben in der Kommunikation zwischen dem Krone-Redakteur und meiner Mitarbeiter. Zur eigentlichen Frage, und um das vielleicht auch noch einmal zur Unterscheidung klar zu machen: Wir haben durch den Wegfall des Regresses bei der stationären Pflege ja einerseits die Frage des Kosten-Anstiegs, also inwieweit gibt es zusätzliche Kosten und auf der anderen Seite

natürlich den Entfall der Einnahmen. Also, die zwei Dinge müssen wir natürlich auseinanderhalten. Und ja, da ist es jetzt so: Die Stadt Graz wird natürlich diese Einnahmen durch den Pflegeregress bisher, die werden wegfallen. Das hat in den letzten drei Jahren sich so entwickelt: Die Einnahmen durch den Pflegeregress bei der stationären Unterbringung waren 2017 bei € 3.770.000. Ich spare jetzt die Kommazahlen, weil sonst wird es gar zu lang. 2015 waren es € 3.590.000. 2016 waren wir bei € 4.381.000. Wenn man dazu jetzt noch dazurechnet die grundbürgerlich sichergestellten Forderungen in der Höhe von etwa € 760.000, dann kommen wir ungefähr hin auf die 5 Millionen Euro, die Sie ja auch in Ihrer Schätzung drinnen haben. Beziehungsweise, was auch der Finanzstadtrat Riegler in der Kleinen Zeitung wiedergegeben hat.

Zum Vergleich dazu, das ist, glaube ich, auch wichtig: Die Gesamtausgaben des Ressorts im stationären Pflegebereich waren im Jahr 2015 laut Rechnungsabschluss bei 93 Millionen Euro und im Jahr 2016 laut Rechnungsabschluss bei 94 Millionen Euro. Da haben wir natürlich auch die Kostenanteile, die das Land deckt, also durch die 60 %, natürlich auch hier drinnen. Insgesamt ist aber interessant oder wichtig für uns, dass die Einnahmen aus dem Regress sich bei 4,6 % der Kosten der stationären Pflege in Graz bewegen. Der Wegfall des Regresses führt jetzt natürlich dazu, dass mehr Menschen Pflegeheimplätze haben wollen, das ist richtig, aber selbst wenn jetzt alle, die eben zusätzlich einen Platz haben wollen, das wird es so unmittelbar nicht geben. Wir haben in der Stadt Graz eine Auslastung der Pflegeheime von 94/95 %. Wir haben selbiges auch steiermarkweit. Wir haben eigentlich die Zusage, weil wir gestern auch im Sozialamt mit der zuständigen Referatsleiterin und auch mit der Leiterin des Sozialamts, der Frau Dr. Fink, darüber gesprochen haben, dass wir auch die konkreten Zahlen des Landes Steiermark bekommen. Die sind vor Sitzungsbeginn noch nicht eingetrudelt gewesen. Aber, sobald wir sie haben, kann ich sie auch gerne noch einmal weiterleiten. Das bedeutet jedenfalls, also vielleicht eben zu Graz, die bewilligte Bettenanzahl und es ist ja auch wichtig, dass das durch das Land Steiermark bewilligt werden muss, liegt bei 2.054 Plätzen. Teilt sich auf: Private 1.648 Plätze und in den

geriatrischen Gesundheitszentren der Stadt Graz haben wir 406 Plätze. Davon sind aktuell 1.920 Plätze belegt. Also, eben diese 94 % und frei sind 115 Plätze.

Wie gesagt, die Zahlen zur Steiermark bekommen wir noch nachgereicht und die leite ich dann gerne auch weiter. Dass die Auslastung so hoch ist, ist ja auch logisch natürlich. Weil es für Heimbetreiber nicht wirtschaftlich wäre, wenn in ihren Einrichtungen zig Betten leer stehen würden. Und es ist auch die Anzahl der Pflegebetten in der Steiermark durch den Bedarfsplan des Landes Steiermark geregelt. Die Steiermark hat österreichweit hier auch da die höchste Dichte an bewilligten Heimplätzen. Es ist seitens des Landes, das ist mein jetziger Stand, auch nicht daran gedacht, diese Anzahl der Pflegeheimplätze gegenwärtig massiv zu erhöhen. Gleichzeitig ist auch da mitzudenken natürlich, dass das auch nicht binnen weniger Monate passieren kann, weil dies natürlich einerseits die Bewilligung braucht, natürlich müssen die Heime dann gebaut, eröffnet und vom Land zugelassen werden. Das geht nicht so rasch. Das ist auch gut so im Sinne dessen, dass wir auch entsprechende Qualität in den Pflegeheimen, sowohl in Graz als auch in der Steiermark, haben. Also kurz zu den Zahlen, wie gesagt, die einen Zahlen reiche ich noch nach. Eines ist, glaube ich schon, auch noch wichtig, das ist eben die politische Dimension dieser Frage.

Es hat ja auch der wahrscheinlich künftige Kanzler in den letzten Monaten mehrfach betont, dass durch die Abschaffung des Regresses im stationären Bereich die Gemeinden keine finanziellen Mehrbelastungen haben werden. Und, dass der Einnahmen-Entfall, der sich eben bei etwa 5 Millionen Euro für die Stadt Graz bewegen wird, dass der kompensiert werden soll. Ich muss dazu sagen, die schon einmal im Umlauf gewesene Idee, den 13. und 14., oder die 13. und 14. Pension dafür herzunehmen, die halte ich für eine sehr, sehr schlechte Idee, weil das im Moment eigentlich so ein bisschen das letzte Taschengeld oder die letzte frei verfügbare Summe ist, die Heimbewohnerinnen/Heimbewohner haben. Da kann ich mich besser anfreunden mit der Idee des Noch-Bundeskanzlers, dass man die höheren Erbschaften entsprechend besteuert. Das als Randbemerkung. Aber ich glaube, dass es eben

wichtig ist, dass diese Maßnahmen, die im Parlament beschlossen worden sind, dass die entsprechend begleitet werden und das betrifft insbesondere auch jene Parteien, die im Parlament das beschlossen haben. Die noch verblieben sind. Insbesondere eben SPÖ, ÖVP und FPÖ, dass sie hier auch darauf einwirken, dass die Gemeinden und die Städte hier nicht zusätzlich belastet werden. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Zusatzfrage?

Gemeinderätin Clubobfrau Gmeinbauer:

Ja, danke für deine ausführlichen Erläuterungen, mit Zahlen unterlegt und auch mit Zukunftsvisionen und Perspektiven. Aber Faktum ist: Der 01.01.2018 ist in 14 Tagen da. Worst Case ist: Auf dich kommen vielleicht 5 Millionen zusätzlich an Auslagen zu. Ich denke, du hast da auch eine budgetäre Vorsorge getroffen?

Bürgermeister Mag. Nagl:

Herr Stadtrat, bitte.

Stadtrat Mag. Krotzer:

Das Problem beginnt wie so oft, könnte man jetzt als gelernter Österreicher sagen, in Wien. Bisher gibt es noch keine weiteren Ausführungsbestimmungen des Gesetzes, und das eben 14 Tage, bevor es in Kraft tritt. Das ist die eine Sache. Die andere Sache, dass es eben die Zusage der künftigen Bundesregierung gibt, das entsprechend abzufedern. Wir haben im Budget gewisse Rücklagen drinnen. Natürlich war das aber zum Zeitpunkt, wo das Budget heuer beschlossen worden ist, im Mai, nicht abzusehen, dass der Pflegeregress abgeschafft wird. Wir werden uns diese Entwicklung in den ersten drei Monaten des neuen Jahres anschauen. Können nach dem ersten Quartal eine gewisse Hochrechnung machen, was das für das Budget 2018 bedeuten wird und dann werden wir schauen müssen, wie wir in dem Bereich, und wir bewegen uns hier ja auch im Bereich von städtischen Pflichtleistungen, also wir können uns hier auch

nicht einfach zurücklehnen und sagen, das geht uns nichts an, wenn wir nach dem ersten Quartal sehen, dass die Kosten die Möglichkeiten für das Budget oder meinen Eckwert vorsehen, wird es natürlich auch die Notwendigkeit geben, auch mit dem Finanzstadtrat entsprechende Gespräche zu führen, wie wir die Kosten stemmen können. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Nachdem wir in der Geschäftsleitungs-Sitzung des Städtebundes in Wien dieses Thema ganz intensiv diskutiert haben, weil auf die Städte Österreichs € 500.000.000 einprasseln werden, voraussichtlich, sollten wir nicht nur darüber nachdenken, wie wir das Geld vielleicht stemmen, sondern was uns gemeinsam einfallen kann, dass wir dieses Geschenk, das vielen gemacht wird, nicht allen, weil für die häusliche Pflege zu Hause, stationäre, ist ja nur befreit vom Regress, glaube ich, dass es auch künftig einen großen Ansturm geben wird, wenn wir nicht neue Regelungen auf Bundesebene finden.

Also, da würde ich bitten, dieses Thema nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Das wird uns massiv in der Finanzierung der Länder und Städte noch im Magen liegen und ich erwarte mir da auch von der neuen Bundesregierung, dass wir eine Lösung im Pflegebereich finden. (*Applaus*)

Die Nächste ist Frau Mag. Taberhofer Ulrike. Sie fragt Herrn Stadtrat Hohensinner betreffend Erweiterung der Anspruchsberechtigten bei der SozialCard.

3.3 Frage 3: Erweiterung der Anspruchsberechtigten bezogen auf die SozialCard (GRⁱⁿ Mag.^a Taberhofer, KPÖ an StR Hohensinner, MBA, ÖVP)

Gemeinderätin Mag.^a Taberhofer:

Sehr geehrter Herr Stadtrat Hohensinner! Ein schnelllebiger und sich rasch wandelnder Arbeitsmarkt, die Zunahme der Arbeitsplatzunsicherheit und eine stetig hohe Arbeitslosenrate zwingen Menschen immer öfter, sich in ihrem Berufsleben umzuorientieren. Und derzeit befinden sich 9.038 Menschen, mit Stand November 2017 vom AMS, in der Steiermark in einer Schulung des AMS. Und der Schritt einer Umschulung bedeutet in den meisten Fällen eben merklich finanzielle Einschnitte, während die vorhandenen Lebenserhaltungskosten gleich hoch bleiben. Und kürzlich hat sich eine alleinerziehende Mutter, die österreichische Staatsbürgerin ist, seit über 15 Jahren in Graz den Hauptwohnsitz hat, GIS-gebührenbefreit ist und auch AMS-Bezug erhält, an uns gewandt und sie bekommt keine SozialCard, weil sie sich in einer Ausbildung, eben finanziert vom AMS, befindet. Und die geltenden Bestimmungen für die SozialCard besagen nämlich, dass Personen, die sich in einer Ausbildung befinden oder beim AMS Lehrstellen suchend gemeldet sind, keinen Anspruch auf eine SozialCard haben. Und grundsätzlich wurde die SozialCard der Stadt Graz dafür geschaffen, Personen mit geringem Einkommen mit Ermäßigungen und finanziellen Beihilfen unter die Arme zu greifen. Und die Bestimmung, dass Menschen, die sich in einer Ausbildung befinden oder beim AMS als Lehrstellen suchend gemeldet sind, keine SozialCard erhalten, ist eben ungerecht.

Und ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende Frage:

Sind Sie bereit, eine Erweiterung der Kriterien für den Bezug einer SozialCard im Interesse der Zielgruppe der Personen prüfen zu lassen, die sich in einer Ausbildung befinden oder beim AMS als Lehrstellen suchend gemeldet sind und die voraussetzenden Kriterien für die Inanspruchnahme der SozialCard erfüllen? (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Bitte um die Antwort, Herr Stadtrat Hohensinner!

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Uli! Vorab möchte ich festhalten, dass die von dir angesprochene Arbeitslosenrate Gott sei Dank österreichweit, steiermarkweit und auch in Graz rückläufig ist. In Graz haben wir ein Minus von 13,6 %. Die Steiermark ist Österreich-Meister mit 15,1 %. Natürlich hilft das jenen Menschen überhaupt nichts, die keinen Job haben. Aber da kämpft man wirklich um jede Person. Wir haben verschiedene Programme laufen, wie zum Beispiel die Initiative 50+. Und da bleibe ich auf jeden Fall dran. Aber nur zur Richtigstellung:

Wer eine SozialCard bekommen soll und wer nicht, haben wir 2012 und auch 2017 geprüft. Sowohl damals als auch heute haben wir bewusst die Gruppe der Lehrlinge ausgenommen. Warum? Wenn man diese Gruppe auch klar definieren würde, müsste man gemäß des Gleichheitsgrundsatzes auch Schülerinnen und Schüler und Studierende dazunehmen. Das wäre einerseits nicht treffsicher. Zweitens wäre das wahrscheinlich kostenmäßig sehr schwer zu bewältigen und drittens, und das ist fast ein Hauptpunkt: Es gibt für Schülerinnen und Schüler, für Studierende und auch für Lehrlinge, zum Beispiel eine Freifahrtkarte, die über den Familienlastenausgleich-Fonds finanziert und unterstützt wird. Das heißt, wenn wir jetzt diese Gruppen auch in die SozialCard aufnehmen würden, würden wir um die Förderung des Bundes komplett umfallen, das wäre finanziell ein ziemlicher Verlust. Aber natürlich gibt es für die von dir angesprochenen Gruppen eigene Unterstützungssysteme.

Und jene für Lehrlinge können wir uns noch einmal anschauen, evaluieren, wenn es da irgendetwas gibt, was wir noch zusätzlich machen können, können wir darüber reden. Nur in die SozialCard möchte ich sie, aus den vorhin angegebenen Gründen, nicht aufnehmen. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Gibt es eine Zusatzfrage?

Gemeinderätin Mag.^a Taberhofer:

Außer, dass es natürlich wünschenswert wäre und ich war ja auch irgendwie dabei bei den Kriterien, aber eine Prüfung wäre aus meiner Sicht trotzdem noch einmal zielführend und dass man ein Gespräch auch im Sozialausschuss darüber führt, aus meiner Sicht. Keine Zusatzfrage.

Unverständlicher Zwischenruf

Bürgermeister Mag. Nagl:

Dann keine Frage, dann auch keine Antwort von dir.

Allgemeines Gelächter, unverständliche Zwischenrufe

Bürgermeister Mag. Nagl:

Bitte, Herr Stadtrat.

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Also, wie gesagt, die Prüfung hat es gegeben, '12 und '17. Ich bin nicht bereit, die SozialCard aufzumachen, aber ich bin gern bereit zu prüfen, ob wir dieser Gruppe eine Unterstützung anderweitig zukommen lassen können. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke. Herr Gemeinderat Lohr fragt Frau Stadträtin Elke Kahr betreffend den Marburger Kai.

**3.4 Frage 4: Marburger Kai
(GR Ing. Lohr, FPÖ an StRⁱⁿ Kahr, KPÖ)**

Gemeinderat Ing. Lohr:

Hoher Gemeinderat! Sehr verehrte Gäste! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Vor ein paar Wochen wurde bekannt, dass für den Marburger Kai ein einspuriges Konzept angedacht ist. Auch interessant ist dabei der offenkundige Sinneswandel der KPÖ. So argumentierte der nunmehrige Klubobmann Manfred Eber damals noch im Zusammenhang mit der angedachten Verlegung des Busbahnhofs an eben jenen Marburger Kai, dass eine Reduzierung auf eine Fahrspur abzulehnen sei, da damit die Staugefahr empfindlich zunehme. Eines steht jedenfalls fest, das Regiobus-Konzept wartet noch auf seine endgültige Entscheidung. Der Ist-Zustand, also die Aufteilung zwischen Gries und Andreas-Hofer-Platz, würde bereits jetzt eine Ausdehnung der Stellplätze erfordern, und sollte es zu einer Zusammenlegung kommen, am Andreas-Hofer-Platz, erst recht. Aus diesem Grund ergeht die Anfrage an Sie:

Haben Sie bei der baulichen Umsetzung am Marburger Kai alle diese Überlegungen miteinbezogen? (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Bitte um die Antwort.

Stadträtin Kahr:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat Lohr! Die Verengung im Bereich Marburger Kai ist ja nicht nur angedacht, sie ist ja umgesetzt auf eine Fahrspur und zwar auf der Kalchberggasse und war weder jetzt eine anlassbezogene Idee, weil mir das aus Jux und Tollerei mir als Stadträtin eingefallen ist, sondern ein Resultat einer notwendigen Maßnahme zur Erhöhung der Verkehrssicherheit. Und zwar laut Richtlinien für den Straßenverkehr dürfen, wie Sie ja selber auch wissen, weil Ihr Vorgänger, mein Vorgänger hatte sozusagen ähnliche und notwendige Maßnahmen genauso unterstützt und getroffen, unregelmäßige Schutzwege oder Zebrastreifen nur über einen

Fahrstreifen pro Richtung führen. Zum Zweiten wurde die Haltestelle für den städtischen Bus, wie Sie mittlerweile sehen, an der Ecke Andreas-Hofer-Platz verbessert und für ein künftiges Wartehaus auch soweit vorbereitet. Zum Dritten wurde auch der Radweg teilweise ausgeweitet bzw. die Aufstell- bzw. Begegnungsbereiche mit den FußgängerInnen verbessert.

Bei der baulichen Umsetzung wurde selbstverständlich von den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der zuständigen Abteilungen der Regional- und städtische Busverkehr berücksichtigt. Schon bisher stand, wie Sie selber wahrscheinlich auch wissen, ab Höhe der Verschränkung der Kalchberggasse aufgrund des für zwei Vollspuren zu geringen Fahrbahnquerschnittes für Schwerfahrzeuge oder größere Fahrzeuge auch schon vorher eine, in Wirklichkeit fast nur eine, Spur zur Verfügung. Das heißt, mit dem Umbau hat sich diesbezüglich nichts wesentlich verändert.

(Applaus)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Zusatzfrage, Herr Gemeinderat?

Gemeinderat Ing. Lohr:

Danke für Ihre Antwort, Frau Stadtrat. Natürlich habe ich mich mit unserem Vizebürgermeister Eustacchio abgestimmt und als Stadtsenatsreferent hat es schon einen Spielraum und die Politik, die die KPÖ nunmehr fährt, geht natürlich schon auf den Individualverkehr los, also Sie setzen hier schon bewusst Maßnahmen und, wie gesagt, Vizebürgermeister Eustacchio hätte dieser Detailplanung so nicht zugestimmt, würde er heute auch nicht.

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderat Ing. Lohr:

Und ihm wurde sie in dieser Form auch nicht vorgelegt, also den Detailplan hat er so

nicht gesehen. Zusatzfrage geht in die Zukunft, welches Regiobus-Konzept soll Ihrer Meinung nach zur Anwendung kommen? Gibt es schon Gespräche mit dem Land, der Acoton oder deren Nachfolger, weil da ist ja der Marburger Kai eben in unmittelbarer Nähe, wo ja jetzt schon Voraussetzungen gesetzt wurden. Also, wie ist der Stand beim Regiobus-Konzept? (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Frau Stadträtin, bitte.

Stadträtin Kahr:

Danke für die Zusatzfrage. Und vor allem danke für Ihr großes Vertrauen in meine Möglichkeiten, den Andreas-Hofer-Platz, den, ich glaube, niemand der hier im Hause ist, nicht für verbesserungswürdig, um das jetzt höflich auszudrücken, sieht. Jeder hier ist unglücklich über diese Situation. Nicht über die Gestaltung an der Oberfläche, sondern auch über den Zustand der Tiefgarage. Das einzig Gute, was jetzt ist, dass der Tiefgaragenpreis ein sehr günstiger ist. Das merkt man auch, dass er jetzt auch sehr stark angenommen wird. Ich würde mir dort einen Tiefgaragenparkplatz wünschen. Das kann man, also, fünf Stockwerke nach unten machen, weil ich glaube, dass es dort auch Sinn macht. Der Herr Bürgermeister weiß, weil das haben wir erst vor, glaube ich, einem Monat gesprochen und ich habe auch vor, weil zu Beginn der Sitzung ist...

Unverständliche Zwischenrufe

Stadträtin Kahr:

...ist diesem Wunsch an dich, sozusagen, eines kurzen Gesprächs, geht genau in die Richtung, weil ich glaube, dass wir eine Lösung für einen Busbahnhof in unserer Stadt brauchen. Aus vielerlei Gründen. Um eine Lösung endlich am Griesplatz herbeizuführen. Die Kolleginnen der Grünen-Fraktion werden heute ja auch einen Dringlichkeitsantrag stellen. Man kann sich am Griesplatz vieles überlegen, aber ohne eine Lösung mit den Regionalbussen wird es keine gute geben können. Das ist ganz

logisch. Ich würde mir das wünschen und kann mir auch gut vorstellen am Andreas-Hofer-Platz. Tatsache ist aber auch, dass muss man sagen, dass nach Rückmeldung und der Informationen vom Land die notwendige Anzahl an Regionalbussen dort mit den Stellplätzen wahrscheinlich nicht das Auslangen finden wird. Deswegen muss man da noch einmal rückfragen. Ich würde mir, von der Lage her wäre das optimal, muss ich sagen, vor allem auch in Hinblick auf die Innenstadtentflechtung über die Neutorgasse, ob es technisch machbar ist und ob wir da eine Chance haben, vor allem in Hinblick auf den Vertrag, der ja nicht sehr glücklich gehalten ist mit der Fa. Acoton, das wissen Sie ja auch, da eine Lösung herbeizuführen. Ob mir das gelingt, glaube ich nicht, ohne Rückendeckung und Stärkung der gesamten Stadtregierung. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke vielmals. Ich glaube, dass der Andreas-Hofer-Platz eine ganz starke Veränderung eines Tages haben wird. Wenn ich mir vorstelle, dass dann auch künftig unsere Straßenbahnlinie als Ausweich-Linie geht, dann brauchen wir auch sicher nicht den Boller, den wir immer wieder in die Mitte gepflanzt haben beim Zebrastreifen. Und ich glaube ja, dass wir dann einiges rückbauen werden müssen. Ich möchte nur anmerken, dass der Stau zum Teil so dramatisch ist, dass bei der Kastner-Garage ja schon eine Person steht, die nur halbwegs versucht, noch Autos herauszubringen.

Und ich freue mich auch sehr, dass in der Kleinen Zeitung eine wunderbare Meldung jetzt war. Die Kleine Zeitung hat doch tatsächlich berichtet letzten Samstag, dass alle Grazer Park-Garagen voll sind, was schon ein gutes Zeichen ist, weil in der Diskussion, um eine weitere Garage in der Innenstadt gibt es ja hier herinnen unterschiedliche Ansichten. Ich kann nur sagen, jetzt gibt es Parkplatz-Suchverkehr, jetzt kommen Leute aus den Garagen nicht heraus und da werden wir eine zusätzliche Garage in der Stadt dringend brauchen. Vor allem auch eine Ausweitung am Andreas-Hofer-Platz. Aber da werden wir wahrscheinlich alles neu planen müssen. Allein durch die Straßenbahnführung, und ich habe ja auch keine große Freude mit der Verkleinerung, die wir jetzt gemacht haben am Marburger Kai, weil es einfach jetzt schon zu Staus

führt und die Durchflussberechnungen meines Erachtens nach nicht richtig waren.

(Applaus)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Bitte.

Stadträtin Kahr:

Dazu möchte ich eine tatsächliche Berichtigung anbringen. Der Stau in dem Bereich vor der Kastner-Garage jetzt gerade in den letzten Wochen vor der Adventzeit mag sein, aber ich gehe jeden Tag, da brauche ich keine Verkehrszählung von der Polizei, in der Höhe Kalchberggasse bis zum Andreas-Hofer-Platz, weil das mein Fußweg ist, wo ich jeden Tag in die Arbeit gehe. Den Stau, der dort ist, den zeig mir bitte. Es kommt...

Unverständliche Zwischenrufe

Stadträtin Kahr:

Nein. Egal, ob du da um sieben, um halb acht, um acht, um halb zehn bist, du wirst dort keinen Stau vorfinden. Und wenn einer ist zu einer späteren Zeit, oder am Freitagnachmittag, dann war er in derselben Situation vorher, weil sich tatsächlich dort in dem Bereich nicht viel verändert hat. Weil du hast bisher in der Verschränkung Kalchberggasse bis Andreas-Hofer-Platz zum Großteil auch nur einspurig fahren können. Das ist einfach nicht richtig. *(Applaus)*

Bürgermeister Mag. Nagl:

Wir sind zu unterschiedlichen Zeiten unterwegs.

Jetzt darf ich den Vorsitz übergeben, weil die nächste Frage stellt Frau Gemeinderätin Pavlovec-Meixner an mich. Und ich darf den Vorsitz an den Herrn Stadtrat Dr. Günter Riegler übergeben.

Vorsitzwechsel – StR Dr. Riegler übernimmt den Vorsitz (13.05 Uhr)

Stadtrat Dr. Riegler:

Ich übernehme hiermit den Vorsitz und bitte Frau Gemeinderätin Pavlovec-Meixner um ihre Frage an den Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl.

3.5 Frage 5: Pflanzenschutzmittel wie Glyphosat in Grazer Abgabestellen (GRⁱⁿ Mag.^a Pavlovec-Meixner, Grüne an Bürgermeister Mag. Nagl, ÖVP)

Gemeinderätin Mag.^a Pavlovec-Meixner:

Ja, danke vielmals. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Galerie! Sehr geehrter Herr Bürgermeister! In meiner Frage geht es um das Thema Glyphosat in Grazer Abgabestellen. Wir haben das alle mitbekommen, dass das Thema Glyphosat in den letzten Tagen/Wochen in allen Medien war und wir wissen auch, dass Studien vorliegen über gravierende Nebenwirkungen sowohl für Menschen als auch für Kollateral-Schäden in unserer Kulturlandschaft bis hin zum besorgniserregenden Bienensterben. Wir wissen auch, dass die von Glyphosat ausgehende Gefahr eine ist, die wir nicht in Österreich lösen werden, sondern dass wir da auf europäischer Ebene aktiv sein müssen. Trotzdem gibt es hier Möglichkeiten, dass wir auch bei uns lokal aktiv werden. Eine haben wir ja schon bereits ergriffen. Die Holding Graz verwendet ja seit eineinhalb Jahren kein Glyphosat mehr. Die TU Graz verwendet nach Gesprächen mit mir auch kein Glyphosat mehr und es gibt immer wieder Anfragen zum Thema Alternativen, wie zum Beispiel auch von den Friedhofsgärtnern in Graz. Das Problematische ist, dass allein schon die Bezeichnung Pflanzenschutzmittel bei AnwenderInnen den Eindruck erwecken könnte, als würde es hier wirklich um den Schutz von Nutzpflanzen gegen Schäden verschiedenster Art gehen.

Es ist einfach so, dass durch Pflanzenschutzmittel, durch Insektizide, auch für unsere Natur und für uns Menschen eine große Gefahr ausgeht, die auch dadurch entsteht,

dass sehr oft Verwendungsfehler passieren. Dass zum Beispiel überhaupt nicht gelesen wird, wie man das verwendet. Keine Beschränkungen nach Witterung eingehalten werden. Und es daher zur Gefährdung von Familienmitgliedern und auch Haustieren kommt. Jetzt habe ich ja gestern mit verschiedenen Mitarbeitern von Ihnen und Mitarbeiterinnen länger gesprochen und ich weiß schon, dass die künftige Bundesregierung angekündigt hat, aktiv werden zu wollen, dass wir in einigen Landtagen Initiativen sehen.

Die Frage ist nur, wann das rechtlich möglich sein wird? Ob es überhaupt rechtlich möglich sein wird? Und deshalb meine ich, dass wir in Graz weiter aktiv sein müssen und deshalb stelle ich an Sie folgende Frage:

Welche Möglichkeiten sehen Sie, dass die Abgabe von Pflanzenschutzmitteln in Grazer Betrieben künftig nur dann erfolgt, wenn Kaufinteressierten eine sachkundige Person zur Verfügung steht, die bei der Aushändigung auf die Verwendungsvorschriften des Herstellers hinweist, sowie einen Flyer mit allgemeinen Warn-Informationen aushändigt? (*Applaus*)

Stadtrat Dr. Riegler:

Herr Bürgermeister.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Ja, ich habe die Diskussion auch auf der europäischen Ebene mitverfolgt. Nach einer langen Patt-Situation haben sie sich ja dann wieder mit Glyphosat befasst. Das Ergebnis: Dass das Glyphosat jetzt in der EU weitere fünf Jahre zugelassen wurde. Der entsprechende Vorschlag der europäischen Kommission wurde von den EU-Mitgliedstaaten mehrheitlich angenommen. 18 Mitgliedstaaten waren dafür, 10 dagegen. Darunter war auch Österreich, Italien, Frankreich, Belgien, Griechenland und Kroatien. Aus diesem Grund wird, meines Wissens nach und auch was ich aus Zeitungen entnehmen konnte, in Österreich auch auf der Bundesebene überlegt, ob Glyphosat zumindest jetzt national untersagt werden kann. Sebastian Kurz wird zitiert: „Da es zu einem EU-weiten Verbot kommt, muss Österreich selbst handeln.“ So die

Vorgabe von ÖVP-Chef Sebastian Kurz.

In einem Maßnahmenpaket beabsichtigt die neue Regierung, die bereits am kommenden Montag jetzt angelobt werden soll, zuerst die Klärung der rechtlichen Voraussetzungen und orientiert sich da wiederum an Frankreich und Italien, die in den Überlegungen, den juristischen, schon weiter fortgeschritten sind und in Österreich will man auch darüber nachdenken, ob es auch ein Ersatzmittel geben kann. Allerdings muss das vorher auch überprüft werden, weil die Einhaltung der strengen Umweltgrenzwerte ist natürlich wichtig. Vor diesem Hintergrund auf den Inhalt Ihrer Frage eingehend, könnte die Stadt Graz, meines Erachtens, allenfalls in Form von Aufklärung bzw. von Information aktiv werden. Als Magistratsabteilungen, die dazu beitragen können, fallen mir neben der Abteilung Wirtschaft und Tourismus in erster Linie das Umweltamt und Gesundheitsamt ein. Und die Frage hat natürlich auch etwas mit Verbraucherschutz zu tun, da geht es nämlich um Aushändigen von Verwendungsvorschriften, Flyern, Warnhinweisen usw.

Und da hat mir die Abteilung für Wirtschafts- und Tourismusedwicklung, die Frau Mag. Keimel, in einem Gespräch bereits zugesagt, mit dem Umwelt- und Gesundheitsamt sowie unter Einbindung der zuständigen Fachgruppe der Wirtschaftskammer Handlungsmöglichkeiten zu diskutieren bzw. zu prüfen und dem Gemeinderat vom Ergebnis zu berichten. Also, ganz in Ihrem Sinne, schauen wir einmal, ob alle, die da Verantwortung tragen, auch uns ein Paket zusammenbringen.
(Applaus)

Stadtrat Dr. Riegler:

Haben Sie eine Zusatzfrage, Frau Gemeinderätin?

Gemeinderätin Mag.^a Pavlovec-Meixner:

Das ist eine total erfreuliche Antwort, für die ich mich auch ganz herzlich bedanken möchte. Und ich wollte fragen, ob es auch möglich wäre, dass in der BIG einmal ein

Bericht erscheint allgemein über die Probleme, die da verursacht werden können. Jetzt wäre gerade eine gute Zeit. Anfang nächsten Jahres, bevor die Gartensaison beginnt.

Stadtrat Dr. Riegler:

Herr Bürgermeister.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Gute Idee. Gartentipps vom Bürgermeister und Frau Gemeinderätin Pavlovec-Meixner, werden wir machen.

Stadtrat Dr. Riegler:

Ok. Dann übergebe ich jetzt wieder den Vorsitz an den Herrn Bürgermeister.

Vorsitzwechsel – Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (13.12 Uhr)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke vielmals. Ich übernehme den Vorsitz. Wir kommen zur nächsten Frage.

Gemeinderat Ewald Muhr fragt Frau Stadträtin Kahr betreffend die Umbauarbeiten Bulme/HTL Gösting.

Unverständliche Zwischenrufe

3.6 Frage 6: Umbauarbeiten BULME/HTL Gösting: Temporäre Verkehrsmaßnahmen (GR Mag. (FH) Muhr, SPÖ an StRin Kahr, KPÖ)

Frage 16: Parkplatzproblem an der HTL-Graz-Gösting (BULME) (GR Wagner, FPÖ an StRin Kahr, KPÖ)

Gemeinderat Mag. (FH) Muhr:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung! Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Liebe Frau Stadträtin, liebe Elke! Im Zuge der diversen Bauarbeiten ist es in Graz natürlich immer wieder notwendig, dass man den öffentlichen Verkehr temporär den Gegebenheiten anpasst, damit die Grazerinnen und Grazer auch die Gelegenheiten haben, trotz der Umbauarbeiten ihre Ziele auch weiterhin mit den öffentlichen Verkehrsmitteln bequem zu erreichen.

Derartige Änderungen brauchen auch natürlich eine angemessene Vorlaufzeit und auch eine entsprechende Planung. Und nun ist es aber schon bekannt, dass die Höhere Technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt in Graz Gösting, in der Ibererstraße 15-21, im kommenden Jahr die Errichtung eines neuen Werkstättingeländes plant. Der offizielle Baubeginn steht zwar noch nicht dezidiert fest, weil das hängt auch von den Regierungsverhandlungen ab, aber man geht davon aus, dass im Herbst 2018 mit den Arbeiten begonnen werden soll. Dazu wird seitens vom Bauherrn, das ist die BIG, im Dezember bzw. im Jänner wahrscheinlich eine Informationsveranstaltung durchgeführt, in der das Bauvorhaben dem Lehrkörper und auch den Schülerinnen und Schülern vorgestellt wird. Durch die Bautätigkeit werden über die Bauphase hinaus im Schulbereich mindestens 60 % der Parkplätze, das sind im günstigsten Fall, glaube ich, 110 Stellplätze, wegfallen. In einem normalen Schulbetrieb ist es an und für sich ja keine große Herausforderung. In diesem Fall muss man natürlich berücksichtigen, dass die HTL Gösting auch eine Abendschule führt, die von zahlreichen Schülerinnen und Schülern, die nicht aus Graz stammen, besucht wird.

Darüber hinaus liegt auch die HTL-Gösting schon etwas exponiert und ist derzeit überwiegend nur über die Linie 52 an das öffentliche Verkehrsnetz angebunden. Und sehr viele Schülerinnen und Schüler der Abendschule kommen sogar aus den Umlandgemeinden, kommen oft sogar aus dem Bezirk Deutschlandsberg oder sogar

aus Weiz. Und die reisen natürlich mit privaten Autos an. Dadurch ist die Parkplatzsituation rund um die HTL-Gösting bereits im „Normalbetrieb“ eher angespannt und durch die geplante Baustelle und den Wegfall von den Stellplätzen wird die Situation dort wahrscheinlich noch kritischer werden und darum stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion die Frage an dich: Werden seitens des Verkehrsressorts speziell in Hinblick auf die kritischen Auswirkungen des Bauvorhabens an der HTL-Gösting auf die dortige Parkplatzsituation bereits Alternativen überlegt um den Umstieg der Studierenden auf öffentliche Verkehrsmittel zu erleichtern? (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke vielmals. Wir haben auch eine Frage 16, die sich mit dem selben Thema beschäftigt. Da geht es auch um das Parkplatzproblem bei der HTL-Gösting, von Herrn Gemeinderat Wagner Günter. Sollen wir das gleich mitverhandeln? Möchten Sie das verlesen, oder reicht das einmal soweit? Es ist ziemlich deckungsgleich. Die Probleme dort sind nämlich ganz gewaltig jetzt schon im Normalbetrieb. Abends kommen noch die vermieteten Hallen dazu. Also, da muss etwas gemacht werden.

Unverständlicher Zwischenruf

Die Frage wird nicht verlesen, der Fragetext lautet wie folgt:

Gemeinderat Wagner stellt namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgende Frage (gem. § 16a der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz) an Stadträtin Kahr: Sind Sie bereit, mit der Schulleitung sowie der Schülervertretung der Abendschule an der BULME Graz-Gösting Kontakt aufzunehmen um Lösungen zu finden, die die Parkplatzsituation während der Baustellenzeit im kommenden Jahr entschärfen kann?

Stadträtin Kahr:

Ja. Sehr geehrter Herr Gemeinderat Muhr! Herr Gemeinderat Wagner! Ich erlaube mir das gleich, Ihnen beiden jetzt zu beantworten, ist mir auch wichtig. Weil das Thema mir auch bekannt ist und auch bewusst war. Und auch schon damals, wie wir eigentlich die Gehsteigerrichtung in Zusammenhang in der Grafenbergstraße mit den BewohnerInnen diskutiert haben. Und eine Lösung gefunden haben, wie es für sie besser ist. Und da ist damals das schon zur Sprache gekommen, dass die BULME eben plant ein neues Werkstättegebäude, das ist definitiv so. Ich habe die Information sogar schon, dass der Start im April sein soll. Wenn das im Herbst ist, wäre das sogar noch besser, weil da haben wir wenigstens ein bisschen einen Spielraum. Weil das wäre alles schon sehr kurzfristig, vor allem auch für uns, um uns mögliche Handlungsszenarien zu überlegen. Wir haben selbstverständlich also diese Stellplatzanzahl, diese ganzen Informationen, die haben wir auch. Und wir haben natürlich auch schon Gespräche mit dem Direktor aufgenommen. Was wichtig ist, dass es natürlich auf keinen Fall zu Lasten der Bewohner dort gehen soll, weil die haben jetzt schon einen ziemlichen Parkplatzdruck dort. Und, wenn die Schülerinnen und Schüler vor allem und die Abendschüler sind es ja, wie du es auch beschrieben hast, dort über so einen langen Zeitraum von fast zwei Jahren keine andere Alternative haben, und manche sind einfach aufs Auto angewiesen, das muss man einfach so sagen. Die haben keine andere Alternative, dann muss man sich Sachen überlegen. Jetzt ist die Frage, ob zu 100 % alles die öffentliche Hand tragen soll. Weil natürlich geht es jetzt um solche Fragen, wie den Bus 40 oder 52, die Fahrplananpassung in der Verdichtung usw. zu verbessern. Zum Beispiel sind auch Vorschläge gekommen wie einen Shuttle-Dienst zum Park-&-Ride-Platz Weinzödl. Kostet natürlich alles. Und die Frage ist, nachdem das weder wir noch die Holding im Budget drinnen haben, ist das eine Aufgabe, die jetzt wir übernehmen sollen zur Gänze oder ist nicht, sozusagen, eine gewisse Notwendigkeit da auch gegeben, dass die BIG sich da auch etwas überlegt? Weil man schon auch wissen muss, dass, und ich bin selbst eine Abendschülerin gewesen, auch die Handelsakademie in der Grazbachgasse oder auch in der Körösi, hat zum Beispiel die gleiche Problematik, dass auch Externe von auswärts

kommen. Aber, wie gesagt, es geht um eine Lösung. Da sind wir auch in den Gesprächen so weit, dass wir auch ein Treffen haben, ein erneutes und wir werden an einer Lösung arbeiten, die halt auch im Interesse der Bewohner vor allem ist. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Zusatzfrage?

Gemeinderat Mag. (FH) Muhr:

Danke vielmals für deine Antwort. Ich sehe das natürlich schon so, dass wir für die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs verantwortlich sind und das auch unsere Zielsetzung sein sollte. Das ist nur zu deiner Wortmeldung meine Antwort. Meine Zusatzfrage geht dahingehend.

Natürlich ist der öffentliche Verkehr zu bevorzugen. Aber, wärst du auch bereit, Angebote von Privaten, die dort einen Parkraum anbieten würden, dort als Vermittlerin einzutreten zwischen der HTL und den Privaten oder bzw. auch mit denen direkt zu verhandeln? Es gibt nämlich gewisse Interessenten, die das natürlich auch die Hand nehmen würden. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Bitte um die Antwort.

Stadträtin Kahr:

Du hast mir das schon ja auch, gestern glaube ich war es, angedeutet, dass es da Interessenten gibt. Gern. Also, alles was es an Möglichkeiten gibt, macht Sinn. Und ich trete da auch gerne als Vermittlerin auf. Das ist sowieso eine Rolle, die ich gerne übernehme und weil es ja auch Sinn macht. An mich persönlich ist da jetzt niemand herangetreten, also wenn es diese Kontakte gibt, kannst du sie mir gerne bitte weiterleiten. Und ich nehme da natürlich gerne Kontakt auf. Aber wichtig ist, sozusagen mit der Schule selbst und der BIG sozusagen eine Lösung zu finden. Bezüglich Attraktivierung ÖV sehe ich das ganz gleich wie du, trotzdem ohne Geld wird

es sich nicht spielen. Und dafür kann ich ersuchen und bitten, braucht es aber die Zustimmung natürlich auch meiner Regierungskollegen. (*Applaus*)

Gemeinderat Mag. (FH) Muhr:

Danke.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Also, ich glaube, der beste Tipp ist nach wie vor mit der Bundesimmobiliengesellschaft wirklich zu verhandeln und auch ein Gesamt-Mobilitätspaket zu machen, weil meine so heiß geliebten Garagen könnten dort vielleicht auch wieder eine Lösung darstellen, allerdings müssten wir das mit der BIG besprechen.

Begegnungszone St. Peter. Herr Gemeinderat Gerhard Spath fragt Frau Stadträtin Kahr.

**3.7 Frage 7: Begegnungszone St. Peter Hauptstraße
(GR Mag. Spath, ÖVP an StRⁱⁿ Kahr, KPÖ)**

Gemeinderat Mag. Spath:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Hoher Gemeinderat! Liebe Frau Stadträtin! in der vergangenen Woche hat KPÖ-Bezirksrat Gert Kosmus einen Antrag in den St. Peter-Bezirksrat eingebracht, wodurch, ich zitiere, „der Ortskern von St. Peter zur Begegnungszone erklärt werden soll“. Diese Begegnungszone soll den Bereich von der St.-Peter-Hauptstraße 26, das ist die Ecke Rudolf-Hans-Bartsch-Straße, drüben bei der Tankstelle, Richtung Süden bis zur Servicestelle St.-Peter-Hauptstraße 85, also im Kreuzungsbereich Petrifelder Straße, umfassen. Weiters, eben auch die Petersbergenstraße von der sogenannten Schimautz-Kreuzung, Richtung Osten bis zum Kreuzungsbereich mit der Peterstalstraße. Die St.-Peter-Hauptstraße wird täglich von 30.000 Kfz frequentiert. Darüber hinaus ist sie eine von zwei Einfahrtsstraßen im Südosten von Graz. Mehrmals stündlich wird sie von im Einsatz befindlichen

Rettungsfahrzeugen, die am Weg ins LKH sind, befahren.

Klubobmann Karl Dreisiebner von den Grünen hat im Mai 2016 bereits einen ähnlichen, sogar einen dringlichen, Antrag im Grazer Gemeinderat eingebracht. Über den Bezirksratsantrag der KPÖ bin ich aber doch ein wenig verwundert gewesen, wie mir das zugetragen wurde. Zumal Klubobmann Manfred Eber, bei seiner damaligen Wortmeldung, eben 2016, dieses Ansinnen eben aus den genannten Gründen als problematisch bezeichnete. Daher stelle ich an dich, sehr geehrte Frau Stadträtin, die in der Stadt Graz für den Verkehr zuständig ist, die Frage:
Hast du die Absicht, die St.-Peter-Hauptstraße in dem genannten Bereich zur Begegnungszone zu erklären? (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Frau Stadträtin.

Stadträtin Kahr:

Lieber Gemeinderat, lieber Gerhard! Ich kürze es jetzt ab, ich könnte jetzt eine sehr lange Antwort geben, was mir die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von meinen Abteilungen mitgeteilt haben. Ich gehe einmal davon aus, dass mein Kollege Bezirksrat Kosmus an derselben Veranstaltung war wie ich selbst. Und zwar war das im Herbst eine größere Runde von MandatarInnen, aber auch BezirksbewohnerInnen, wo neben vielen Maßnahmen unter anderem auch der Wunsch nach einer Begegnungszone ist. Ich kann mich selbst auch noch erinnern an den Kollegen Dreisiebner seinen Dringlichkeitsantrag und auch die Wortmeldung meines Kollegen. Ich habe selbst aber dieses Thema in meinem Amt prüfen lassen und eine Begegnungszone in diesem Abschnitt, wo gewünscht, ist auf diesem Abschnitt nicht möglich. Also, diese Straße eignet sich nicht, die St.-Peter-Hauptstraße, als Begegnungszone. Ich kürze des jetzt einfach so ab und deshalb ist auch nicht daran gedacht, diesen Abschnitt als Begegnungszone zu führen. (*Applaus*)

Gemeinderat Mag. Spath:

Das ist eine sehr erfreuliche Antwort für uns und für St. Peter natürlich auch. Frau Stadträtin recht herzlichen Dank. Ich hätte ja auch noch eine Zusatzfrage, Herr Bürgermeister, wenn ich die stellen darf? Sind ähnliche Vorhaben in Graz irgendwo anders noch angedacht von deiner Seite her?

Stadträtin Kahr:

Begegnungszonen machen, wenn sie alle Voraussetzungen und wenn es zu einer Gleichstellung aller Verkehrsteilnehmer- und -nehmerinnen kommen kann, machen ja Sinn. Wie man mittlerweile auch vom, zum Beispiel, Sonnenfelsplatz weiß. Ich war selbst damals, ich gebe das offen zu, eine Skeptikerin. Und mittlerweile weiß man aber, dass sozusagen dieser Platz sich sehr gut für diese Begegnungszone geeignet hat und dort, wo es möglich und sinnvoll ist, werden wir das natürlich auch prüfen lassen und ist aber eh, keine Angst, immer sozusagen auch mit Rücksprache des Bezirkrates vorgesehen. Das ist ja logisch. Wenn man so etwas andenkt, dass man da auch mit dem Bezirkrat Rücksprache und mit der Bewohnerschaft Rücksprache hält. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Vielen Dank. Frau Gemeinderätin Braunersreuther fragt Herrn Stadtrat Günter Riegler betreffend Sauberkeit.

3.8 Frage 8: Sauberkeitsoffensive

(GRⁱⁿ Dipl.-Mus.ⁱⁿ Braunersreuther, KPÖ an StR Dr. Riegler, ÖVP)

Gemeinderätin DI-mus.ⁱⁿ Braunersreuther:

Ja, sehr geehrte KollegInnen! Sehr geehrte ZuhörerInnen! Sehr geehrter Herr Stadtrat Riegler! Von der Sauberkeitsoffensive der Stadt hat man in den letzten Monaten ja viel gelesen und gehört. Uns im Gemeinderat ist bisher aber noch kein Bericht darüber gegeben worden, vor allen Dingen, was für uns, im Gegensatz zum Großteil der Bevölkerung, sehr, sehr interessant wäre, sind nicht nur die Ergebnisse, die hoffentlich positiven, messbaren Ergebnisse, sondern auch darüber, wie das Geld, das da zur Verfügung gestellt wird, verwendet wird.

Nämlich vor allen Dingen hinsichtlich der Frage, ist es nur eine sehr, sehr positiv darüber berichtende Öffentlichkeitsarbeit, da wird ja sehr viel gemacht offensichtlich. Oder ist auch wirklich mehr Reinigungspersonal eingestellt worden? Und wie ist da die Kostenaufstellung?

Frage: Wie hoch waren die bisher getätigten Ausgaben, aufgeteilt in Personalkosten zur Realisierung der angekündigten Sauberkeitsmaßnahmen und Kosten für Öffentlichkeitsarbeit? (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Bitte um die Antwort, Herr Stadtrat.

Stadtrat Dr. Riegler:

Danke, Frau Braunersreuther. Danke für die Frage. Das gibt mir Gelegenheit, auch in diesem Rahmen darauf hinzuweisen, dass gerade jüngst erst eine sehr erfreuliche Statistik über die Lebensqualität in Städten weltweit über 100.000 Einwohnern, also auch in der Kategorie, in der Graz ist, eine Statistik herausgekommen ist, wonach Graz weltweit am 28. Platz unter den lebenswertesten Städten firmiert und im Übrigen auf Platz zehn weltweit, was die Qualität der Sicherheitseinschätzung der Menschen hier in

Graz betrifft. Das heißt, wir starten einmal auf einem sehr positiven, hohen Niveau dahingehend, dass also Sicherheit und Lebensqualität in Graz als sehr hoch eingeschätzt werden.

Diese Vorbemerkung dient dazu, um auch zu unterlegen, warum das Thema Sauberkeit und auch Sicherheit ein sehr wesentliches ist, denn man stelle sich vor, welche Fragen Sie möglicher Weise stellen würden, wenn wir irgendwo auf Platz 700 in irgendeiner weltweiten Statistik aufscheinen würden. Und da es also entsprechend negative Beurteilungen gäbe. Wir können also sehr froh sein darüber, dass wir in Graz eine außerordentlich hohe Lebensqualität und eigentlich schon einen sehr hohen Sicherheitsstandard haben.

Nichtsdestotrotz hat diese Stadtregierung sich zum Ziel gesetzt, hier noch Verbesserungen zu erwirken. Diese Verbesserungen und damit bin ich schon relativ schnell bei Ihrer Antwort, diese Verbesserungen sind einerseits in den Bereich gelegt, dass wir Personalaufwand von ca. € 240.00 pro Jahr zusätzlich einbringen, über eine Sofort-Eingreif-Truppe, mit sechs zusätzlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Holding. Und mit 98 zusätzlichen Papierkörben. Sodass insgesamt investiert in Papierkörbe noch weitere € 200.000 wurden. Es wurde selbstverständlich auch, denn man soll ja über Gutes nicht nur etwas tun, sondern auch darüber reden, es wurden weiter rund € 100.000 insgesamt für Kommunikationsmaßnahmen Print, Inserate, PR, Online, Radiospots und Außenwerbung investiert. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke vielmals. Gibt es eine Zusatzfrage?

Gemeinderätin Dipl.-Mus.ⁱⁿ Braunersreuther:

Ja, die gibt es. Vielen Dank erstmal für die Beantwortung und die Gegenüberstellung. Sie haben recht, also Sicherheit und Sauberkeit hat ja wirklich sehr viel miteinander zu tun. Ich denke daran, also ich fürchte mich eigentlich immer meistens davor, besonders im Herbst, dass ich auf dem Laub ausrutsche oder...

Unverständliche Zwischenrufe

Braunersreuther:

Oder was vermutlich alle kennen, die kleine Kinder haben, was eine Bedrohung der Sicherheit darstellt, das ist Wurm- oder Bakterienbefall, wenn die in die Hundstrümmerl greifen, die sich leider auch auf Spielplätzen zum Teil finden oder halt auch in den Schuhsohlen so schön festkleben.

Das ist nicht nur darauf zurückzuführen immer, dass Hundebesitzer da nicht darauf achten. Ich kenne das, dass da sehr viele Vögel auch diese Mistkübel ausräumen und deswegen dann der Müll, da kann man so viele Mistkübel aufstellen wie man will, draußen herumliegt. Deswegen ist die Frage:

Ist im Zuge dieser Sauberkeits-Offensive auch daran gedacht, dass man zum ersten Mal diese Mistkübel mit Deckeln versieht, damit sowas nicht mehr passieren kann und auch eine verstärkte Überwachung, dass eben nicht mehr so viele Hundstrümmerl, wenn nicht die Vögel daran schuld sind, herumliegen, sondern einfach, dass Hundebesitzer darauf nicht achten, sondern das nicht wegräumen? (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Herr Stadtrat.

Stadtrat Dr. Riegler:

Ja, also ich kann Sie da erstens beruhigen. Zweitens Ihnen für die Vorschläge danken. Was die Mistkübel betrifft, wird genau daran gearbeitet und daran gedacht. Was die Hundstrümmerl betrifft, kann man sagen, dass es in Graz ja durchaus schon einiges an Initiativen gegeben hat. Und daher auch darauf geschaut wird, dass überall die Spender mit den Sackerln gut gefüllt sind, aber es schadet sicher nicht, auch weiterhin entsprechende kommunikative Arbeit zu erbringen, um da noch Verbesserungen zu erzielen. Insofern danke für den Hinweis.

**3.9 Frage 13: Busverbindungen Magna
(GR Hötzl, FPÖ an StRⁱⁿ Kahr, KPÖ)**

Gemeinderat Hötzl:

Ja, danke. Sehr geehrte Frau Stadträtin! Es geht um die Busverbindung vom Magna Steyr-Werk in Graz-Thondorf weg. Im Werk von Magna Steyr sind weit über 6.000 Mitarbeiter beschäftigt. Und der Betrieb zählt somit zu den größten Unternehmen, die in der Stadt Graz angesiedelt sind. Wenig optimal sind allerdings die Öffi-Verbindungen in den Abendstunden vom Werk in Thondorf zum Jakominiplatz. Von der Haltestelle „Graz, Werk Thondorf“ etwa führen die letzten beiden Direktverbindungen zum Jakominiplatz mit Abfahrt in Thondorf um 23.07 Uhr und 23.24 Uhr. Die erstgenannte Verbindung ist für Schichtarbeiter, die ihre Arbeit mit 23.00 Uhr beenden, kaum zu erreichen. Der spätere Bus trifft plangemäß erst um 23:46 Uhr am Jakominiplatz ein. Zu dieser Zeit gibt es bekanntlich keine Verbindungen mehr in die weiteren Stadtbezirke. Aus den genannten Gründen sind zahlreiche Mitarbeiter auf den eigenen Pkw angewiesen. Daher richte ich an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, folgende Anfrage:

Sind Sie bereit, im Rahmen Ihrer Zuständigkeit prüfen zu lassen, inwieweit eine Optimierung der Busverbindung von Magna zum Jakominiplatz, inklusive der infragekommenden Anschlüsse ab Jakominiplatz, möglich ist, um eine vernünftige ÖV-Anbindung zu gewährleisten? (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Bitte um die Antwort, Frau Stadträtin.

Stadträtin Kahr:

Ich weiß von der Problematik. Ich kann Ihnen antworten: Ja, gerne. Und es ist diesbezüglich auch schon ein Termin fixiert. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Zusatzfrage?

Gemeinderat Hötzl:

Ja. Dadurch, dass Ihre Antwort so ziemlich alles offen gelassen hat, muss ich jetzt ein bisschen konkreter werden. Sie wissen von der Problematik. Da frage ich mich, warum ist bis dato dann nichts passiert? Es gibt einen Termin, wann gibt es den? Und vor allem: Mit wem gibt es den Termin? Sie sind die Verkehrsstadträtin, Sie könnten da ein Machtwort sprechen und sagen, ich will da eine bessere Verbindung haben.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Frau Stadträtin, bitte.

Stadträtin Kahr:

Wenn mein Machtwort immer so schnell greifen würde, dann hätten wir eigentlich überhaupt kein Problem mit der Mobilität. (*Applaus*)

Gerne. Dass mir das ein Anliegen ist, davon können Sie ausgehen. Also, so viel, glaube ich, kennen Sie mich auch. Also, das sind ja recht schnippische Bemerkungen, aber das ist legitim. Ich weiß, wahrscheinlich auch ziemlich zeitgleich wie Sie auch, von der Problematik. Also, seit zirka zwei Wochen. Und genau so, wie es sich gehört, weil es mir nicht unwichtig ist, haben wir bei dem Betriebsrat einen Termin vereinbart, weil es natürlich wir auch wissen möchten, welche Möglichkeiten es gibt, vielleicht auch betriebsintern die Arbeitszeiten so anzupassen, dass die Kollegen und Kolleginnen, einfach den Bus, die Anbindungen, auch erreichen.

Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite haben wir natürlich prüfen lassen, was sozusagen eine Anbindung Jakominiplatz von den Kosten her verursachen würde. Und da haben die Graz Linien mir mitgeteilt, dass es zwischen 300.000 und 500.000 Euro betragen würde, wo ich nur anmerken möchte, bei allem Machtwort: Also, wenn das Geld dann immer so schnell dann vorhanden ist, gern. Wenn wir das so leicht

hergeben können dieses Geld, dann gerne. Aber das bezweifle ich, dass ich da die Zustimmung bekommen werde. (*Applaus*)

Unverständlicher Zwischenruf

Stadträtin Kahr:

Angebracht.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Gut. Damit haben wir die Fragestunde abgearbeitet.

Ende der Fragestunde um 13.36 Uhr.